

# Die ideengeschichtlichen Hintergründe der politischen Lager in den USA

*Rahim Taghizadegan, 24.01.2008*



INSTITUT FÜR  
Wertewirtschaft

- Diese Analyse wurde mit Sorgfalt verfaßt und bittet darum, *ausgedruckt* und in Ruhe gelesen zu werden. Sie bietet Ihnen im Gegenzug für Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit wertvolle Anregungen und könnte sogar Ihr Leben verändern.
- Sie dürfen diese Analyse gerne an Interessierte weiterleiten; eine Veröffentlichung ist jedoch nur nach Rücksprache ([info@wertewirtschaft.org](mailto:info@wertewirtschaft.org)) gestattet.
- Das Institut für Wertewirtschaft ist ein vollkommen unabhängiges Institut, das sich ausschließlich durch freiwillige Beiträge finanziert. Unsere Aufgabe ist es, die Krise der Gegenwart besser zu verstehen, die Grundlagen einer freien, friedlichen und prosperierenden Gesellschaft zu erarbeiten, dieses Wissen zu vermitteln, Orientierung zu bieten und Menschen dabei zu helfen, ein wertorientiertes und sinnerfülltes Leben zu führen, ohne dabei den heute dominanten Illusionen zu erliegen.

## Die ideengeschichtlichen Hintergründe der politischen Lager in den USA

**A**nlässlich der Präsidentschaftswahlen in den USA empfiehlt sich ein tiefer Blick hinter die politischen Lager, um manches dieser uns Europäern so nahen und doch so rätselhaften Welt besser verstehen zu können. Dieser Blick ist notwendigerweise ein Blick in die Geschichte – aktuelle Ereignisse lassen sich nur vor einem theoriegeschärften Blick auf die Geschichte erklären und aktuelle Ideen setzen zu ihrem Verständnis stets eine Auseinandersetzung mit der Ideengeschichte voraus.

### Historischer Hintergrund

Die vergleichsweise jungen Vereinigten Staaten sind in besonderem, gar außergewöhnlichem Maße durch ein einzelnes historisches Ereignis geprägt: Die amerikanische Revolution. Dorthin müssen wir unseren Blick wenden, um die politische und intellektuelle Landschaft unserer Tage besser zu verstehen. Das bedeutet, wir beginnen unsere Betrachtungen im 18. Jahrhundert. Als Ära der Revolution gelten die Jahre 1765-1785, die wesentlichen Institutionen der USA wurden direkt danach, zwischen 1786 und 1790, geprägt.

Wie sieht Nordamerika in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts aus? Es handelt sich um einen riesigen, überwiegend ländlichen Erdteil, der eine extrem geringe Bevölkerungsdichte aufweist. Im Jahr 1790 werden bloß 3.930.000 Amerikaner gezählt, weniger als halb so viele Einwohner wie das winzige Österreich heute besitzt. Davon leben gerade 5% in Städten oder Dörfern mit mehr als 2.500 (!) Einwohnern. Unter allen „Städten“ des damaligen Amerikas finden sich gerade zwölf mit mehr als 4.500 Einwohnern, sieben mit mehr als 7.000, drei mit mehr als 16.000 (Boston, Albany und Charlestown) und nur zwei mit mehr als 25.000 Einwohnern (New York und Philadelphia).

Die Lebensrealität des typischen Amerikaners fand damals also in extrem kleinen, ländlichen Siedlungen statt, die weit von einander entfernt lagen. Diese Lebensform wird gelegentlich als „Christlich-utopische geschlossene Kollektivgemeinschaft“ beschrieben.

Drei wesentliche Einflüsse finden sich im Denken der damaligen Zeit wieder, verkürzt skizziert als Pietismus, Rationalismus und Republikanismus. Die religiöse Komponente des Pietismus, d.h. des reformierten Protestantismus, ist dabei von überwiegender Bedeutung. Dies erklärt sich schon allein dadurch, daß viele Siedler

## Die ideengeschichtlichen Hintergründe der politischen Lager in den USA

aus religiösen Gründen ihre ehemalige Heimat in Europa verlassen hatten. Der Rationalismus amerikanischer Spielart stellt sich bei näherer Betrachtung als säkulare Version des Protestantismus heraus. Der Republikanismus schließlich tritt erst relativ spät und nur in kleinen, elitären, aber sehr wichtigen Kreisen auf und erscheint im Wesentlichen als Rationalisierung des politischen Weges, den die jungen USA einschlagen.

Nicht nur aufgrund der erfolgreichen Revolution gelten die Vereinigten Staaten als Heimstätte der Freiheit. In der Tat ist der in den Publikationen der revolutionären Ära am häufigsten anzutreffende Begriff „liberty“ – Freiheit. Dies führte allerdings zu zahlreichen Mißverständnissen im Europa der Aufklärung, die sich bis heute gehalten haben. Daß die oberflächliche Interpretation irreführend sein könnte, zeigt das scheinbare Paradoxon, daß der zweithäufigste Begriff jener Zeit „public good“ war – das Gemeinwohl. Ausgerechnet jener Begriff, der wohl am häufigsten herhalten muß, um individuelle Freiheit einzuschränken.

Es handelt sich hier jedoch um keinen Widerspruch. Die englischen Pietisten des 17. Jahrhunderts erklärten menschliches Unglück als Folge der Selbstsucht. Eine entsprechend demütige

Einstellung war die Regel. Dies läßt sich mit der damaligen Freiheitsbetonung insofern vereinen, als wir uns erinnern müssen, daß es im Englischen zwei Wörter für „Freiheit“ gibt: „liberty“ und „freedom“. Damals unterschied man in den USA sehr deutlich zwischen „freedom as license“ und „freedom as liberty“. „Freedom as license“ meint: Ich tue, was ich will! „Wahre Freiheit“, „liberty“, wurde in ganz anderer Weise verstanden als dies heute üblich ist. Die bedeutendste Definition der damaligen Zeit findet sich im Westminster Bekenntnis, das die Glaubensgrundsätze der reformierten angelsächsischen Protestanten festhält: Wahre Freiheit, *„die Freiheit, die Christus für die Bibelgläubigen errungen hat, ist die Freiheit von der Schuld der Sünde [...] und von der Knechtschaft unter Satan.“* Die Freiheit der Christen sei zusätzlich dadurch vergrößert, daß sie nicht dem Joch des mosaischen Gesetzes unterliegen. Wahre Freiheit ist sittliche Freiheit: die Freiheit, sich pflichtgemäß und gottgefällig zu verhalten.

Von individualistischer Freiheit im Sinne eines „self-ownership“, eines Selbsteigentums, keine Spur. Calvin, eine der wichtigsten religiösen Leitfiguren in den USA, läßt hierüber keinen Zweifel zu, wenn er mehrmals scharf wiederholt: „We are not our own!“ – *„Wir gehören uns nicht; daher darf weder unser Verstand noch unser Wille*

## Die ideengeschichtlichen Hintergründe der politischen Lager in den USA

*unsere Taten und Ratschläge bestimmen. Wir gehören uns nicht; laßt es uns daher nicht zum Ziel machen, unserer fleischlichen Natur Genehmes zu erstreben. Wir gehören uns nicht; laßt uns daher uns und unsere Besitztümer so weit wie möglich vergessen. Andererseits gehören wir Gott; laßt uns daher für ihn leben und sterben.“*

Daß Amerika trotzdem heute wie damals als Hochburg des Individualismus gilt, mag auf ein schwerwiegendes Mißverständnis der Europäer zurückzuführen sein, wie B. A. Shain überzeugend darlegt. Das Wort „individualism“ fand nämlich in der englischen Sprache überhaupt erst Eingang, nachdem es aus dem französischen „individualisme“ übernommen wurde, den Alexis de Tocqueville in den von ihm bereisten USA zu beobachten vermeinte. De Tocqueville beschrieb diesen „individualisme“ so:

*L'individualisme est un sentiment réfléchi et paisible qui dispose chaque citoyen à s'isoler de la masse de ses semblables et à se retirer à l'écart avec sa famille et ses amis; de telle sorte que, après s'être ainsi créé une petite société à son usage, il abandonne volontiers la grande société à elle-même.*

*Der Individualismus ist eine besonnene und friedliche*

*Einstellung, die den Bürger dazu bewegt, sich und seine Familie und Freunde von der Masse abzutrennen; sodaß er, nachdem er auf diese Weise eine kleine Gesellschaft nach seinem Bedarf geschaffen hat, gerne die große Gesellschaft sich selbst überläßt.*

Dieser „individualisme“ ist also recht betrachtet gar kein atomistischer Einzel-Egoismus, sondern beschreibt wohl nichts anderes als den schon erwähnten kleinräumigen Kommunalismus der frühen USA. Die versprengten Kommunen müssen einem europäischen Beobachter, der zentralistischen Absolutismus gewohnt war, in der Tat geradezu „anarchistisch“ vorgekommen sein. Mit Individualismus im modernen Sinne hat dies freilich gar nichts zu tun; die „kleinen Gesellschaften“ waren durchwegs streng kollektivistisch.

Ironischerweise kritisiert der Frühliberale de Tocqueville genau diesen „individualisme“ aus individualistischer Perspektive. Die Eigenbrötelei der Kommunen würde einer Kommerzialisierung und individueller Autonomie im Wege stehen. Der scharfe Beobachter de Tocqueville erkannte sehr genau, daß die Autonomie des Einzelnen in den USA wenig zählte, daß vielmehr die Mehrheit die entscheidende Bezugsgröße wäre. Er schreibt:

## Die ideengeschichtlichen Hintergründe der politischen Lager in den USA

En Amérique, la majorité trace un cercle formidable autour de la pensée. Au-dedans de ces limites, l'écrivain est libre; mais malheur à lui s'il ose en sortir. [...] L'Inquisition n'a jamais pu empêcher qu'il ne circulât en Espagne des livres contraires à la religion du plus grand nombre. L'empire de la majorité fait mieux aux États-Unis: elle a ôté jusqu'à la pensée d'en publier.

*In Amerika zeichnet die Mehrheit einen beachtlichen Zirkel um das Denken. Innerhalb dieser Grenzen ist der Schriftsteller frei; aber wehe er wagt es, diese zu überschreiten. [...] Die Inquisition in Spanien war nie imstande, die Verbreitung von Büchern zu verhindern, die der Religion der Mehrheit entgegengesetzt waren. Die allmächtige Herrschaft der Mehrheit in den Vereinigten arbeitet besser: sie erstickt schon den Gedanken, überhaupt welche zu veröffentlichen.*

### Die Revolution

Nun überrascht nicht mehr, daß Revolutionäre wie Samuel Adams das Ziel hatten, in den USA nach der Unabhängigkeit ein „christliches Sparta“ zu errichten. Natürlich im Namen der

Freiheit, allerdings in einem uns heute nicht mehr geläufigen Sinne. Die Motive, die zur Revolution und zum Unabhängigkeitskrieg führten, erweisen sich als gänzlich anders geartet als der Mythos, wie er in Europa und durchaus auch in den modernen USA gepflegt wird.

Die *Oxford History of the American People* überliefert eine erhellende Anekdote: Ein junger Mann befragt im Jahre 1842 einen alten Veteranen der Schlacht von Concord, Hauptmann Preston, über dessen damalige Motive. „*War es die Unterdrückung oder die Steuerlast, die die Amerikaner zur Revolution trieb?*“ Preston antwortete, daß er weder Unterdrückung gespürt, noch etwas von den Stempel- oder Teesteuern mitbekommen hätte. „*Dann haben Sie wohl bei Locke über die ewigen Grundsätze der Freiheit gelesen?*“ Auch das verneinte der Veteran: „*Noch nie davon gehört. Wir lasen nur die Bibel, den Katechismus, Psalmen und den Almanach.*“ Der junge Mann wurde ungeduldig: „*Ja, was war denn dann los? Warum zogen Sie überhaupt in den Kampf?*“ Der 91-Jährige gab zur Antwort: „*Junger Mann, wie hatten folgendes im Sinn, als wir gegen diese Rotmäntel losgingen: Wir hatten uns immer selbst regiert und wir wollten, daß das so bleibt. Die wollten das nicht.*“

## Die ideengeschichtlichen Hintergründe der politischen Lager in den USA

Mit „Selbstregierung“ ist hier natürlich die kommunale „Selbstbestimmung“ gemeint, die Möglichkeit, in streng-religiösen, kollektivistischen Gemeinschaften zu leben, die sich dem Zugriff anderer religiöser Vorstellungen oder auch nur anderer Einflüsse entziehen können. Interessant ist, daß die englische Krone in der Regel „liberalere“ religiöse Ansichten vertrat als die Siedlerkolonien. Die „Selbstregierung“ bedeutete also auch stets eine gewisse Abschottung und war keinesfalls von aufklärerisch-liberalem Impetus getragen.

Aus heutiger Perspektive erscheinen neben den damals typischen Gemeinschaften sogar die Taliban als „liberal“. Abweichler wurden verfolgt, Folter und Lynchmorde waren nicht unüblich. Das Verlassen einer Gemeinschaft war meist von der Zustimmung der jeweiligen Mehrheit abhängig, die Ansiedlung praktisch immer.

So erklärt sich folgende paradox klingende Einschätzung, die sich aufdrängt: Die amerikanische Revolution führte in unmittelbarer Folge nicht zu mehr, sondern zu weniger individueller Freiheit! Der aufmerksame Zeitungsleser wird schon einige Male aktuelle Beispiele für diesen Sachverhalt abseits der Titelseiten bemerkt haben: Auf winzigen Inseln am Ende der Welt kommen meist in

dem Moment Konflikte mit der fernen Kolonial-, bzw. Protektoratsmacht auf, wenn diese etwa die Verfolgung von Verbrechen aufnimmt, die sich in diesen Gemeinschaften unter Duldung der Mehrheitsbevölkerung ereignet haben.

Nach diesen Schilderungen mag man den Eindruck haben, die frühen USA wären gar totalitär gewesen. Doch nichts ferner als das. Zwei wesentliche Faktoren trugen dazu bei, daß bei allem innergemeinschaftlichen Kollektivismus in den USA doch vergleichsweise große Freiräume entstehen konnten. Erstens fanden Minderheiten oder ausgegrenzte Abweichler stets genügend Land, um ein Auskommen außerhalb feindlicher Mehrheitsgesellschaften zu finden. Zweitens fehlten zunächst zentralistische Strukturen, es gab keine Polizei oder Behörden, die es Mehrheiten erlaubt hätten, außerhalb ihrer winzigen Gemeinschaften anderen ihre Lebensformen aufzuzwingen. So lebten unzählige Gemeinden mit ihren unterschiedlichsten religiösen Facetten nebeneinander, ohne sich in der Weitläufigkeit des Kontinents in die Quere zu kommen.

Ist die Eigensinnigkeit von „sektoiden“ Gemeinschaften Grund genug, um den Pathos einer Revolution im Namen der Freiheit

## Die ideengeschichtlichen Hintergründe der politischen Lager in den USA

aufzubringen? Ein zusätzlicher Faktor mag hier verstärkend gewirkt haben. Im Protestantismus steht der Einzelne „unmittelbarer“ vor Gott, in dem Sinne, daß die Erlösung nicht durch eine strukturierte Institution vermittelt wird, sondern individuelle Angelegenheit ist. Dies führt zunächst dazu, daß protestantische Gesellschaften typischerweise einen horizontaleren Aufbau aufweisen als etwa katholische, die deutlich vertikal geschichtet sind. Dieser „Individualismus“ des Einzelnen vor Gott steht allerdings nicht im Widerspruch zu einer kollektivistischen Ausformung des Zusammenlebens, sondern stellt vielmehr die Gegenseite desselben dar. Mangels institutionalisierter Vermittlung, etwa durch Rituale, ist es schwieriger, Gewißheit über die eigene Erlösung zu erlangen. Dieser Mangel kann durch eine stärkere Einbeziehung des Nächsten und eine stärkere Betonung der Willensfreiheit erreicht werden. Die Folge ist die größere Bedeutung eines Bekenntnisses aus „freien Stücken“ gegenüber der Gemeinschaft. B.A. Shain stützt mit folgender Beobachtung diese These: *„Die Möglichkeit, sich freiwillig strengen moralischen Standards unterzuordnen war absolut notwendig, um die Ungewißheit ewiger Seligkeit oder Verdammnis zu überwinden.“* In einer Gemeinschaft vor Gott Gleicher und gar Gleichrangiger gewinnt

das Kollektiv an Bedeutung, da der Einzelne ersetzbar wird.

### Die Verfassung

Die Institutionen, die sich nach der „Revolution“ herausbilden sollten, sind wesentlich durch das zweite Gründungsdokument der USA geprägt: die Verfassung. Der Gründungsmythos will es, daß sich da einst das „Volk“ der USA quasi unisono eine Verfassung gegeben hätte, die in ihrem liberalen Wortlaut ein Freiheitsdokument erster Güte wider den europäischen Absolutismus wäre.

Die Verfassung beginnt mit der berühmten, kräftigen Eröffnung „We, the people“, wir, das Volk. Der subversive Unternehmer Lysander Spooner, der im 19. Jahrhundert in den USA wirkte, fragt in seinem Essay *No Treason* (Kein Landesverrat) vollkommen zurecht danach, wer diese „Wir“ denn eigentlich waren:

The number who actually consented to the Constitution of the United States, at the first, was very small. Considered as the act of the whole people, the adoption of the Constitution

## Die ideengeschichtlichen Hintergründe der politischen Lager in den USA

was the merest farce and imposture, binding upon nobody. *Die Zahl derer, die tatsächlich der Verfassung der Vereinigten Staaten zustimmten, war zunächst sehr klein. Aufgefaßt als Akt des gesamten Volkes, war die Annahme der Verfassung reinste Farce, ein Betrug, an den niemand gebunden war.*

Sehen wir uns die historischen Zahlen an: Laut McDonald (*E Pluribus Unum*) kamen auf die damals 4 Millionen Amerikanern nur 640.000 erwachsene Männer. Davon nahmen nur ca. 160.000 an den Wahlen für die Delegierten der Ratifizierungsversammlungen teil. Das heißt, gerade 25% der Männer, bzw. 4% der Bevölkerung waren durch Repräsentanten vertreten. Im *Anti-Federalist* ist die Rede von der Versammlung in Pennsylvania, wo von den 70.000 Wahlberechtigten nur 13.000 an der Wahl der Delegierten teilnahmen.

Diese geringe Wahlbeteiligung mag dadurch erklärt werden, daß die Verfassung alles andere als populär war. Die Skepsis vor dem Projekt einer nationalliberalen, urbanen Elite schien zu überwiegen. Nur ein einziges Mal fand eine Volksabstimmung über die Verfassung statt. Das Ergebnis war ernüchternd: 2.711 Nein-Stimmen standen nur 239 (!) Befürworter gegenüber. Dies mag

auch der Grund sein, warum es keine weiteren Abstimmungen gab. Politische Projekte, hinter denen starke Interessen stehen, die den meisten Menschen jedoch zunächst gleichgültig sind, haben kein Problem, sich über kurz oder lang durchzusetzen.

Unweigerlich ist man an die heutige „EU-Verfassung“ erinnert, bei der es sich freilich um einen Etikettenschwindel handelt. Einen wesentlichen Unterschied gibt es jedoch: Die US-Verfassung traf auf eloquente Gegner, denen eine wichtige Entschärfung gelang. Auf Betreiben der Anti-Federalists, der weitblickenden Gegner des entstehenden Zentralstaates, wurde die „Bill of Rights“ in die Verfassung aufgenommen. Entgegen dem Namen handelte es sich dabei um keine positivistische Aufzählung von „Papierrechten“, also machtlegitimierenden Wunschvorstellungen und Versprechungen, sondern um eine Liste von Einschränkungen der Zentral- und Mehrheitsmacht. Primär geht es bei den „Amendments“ darum, die Gemeinden und Einzelstaaten vor den Anmaßungen des Zentralstaates zu schützen, nicht um individuelle Grundrechte. Natürlich sind auch solche Einschränkungen kaum das Papier wert, auf dem sie stehen, wenn die politische Kultur, die diese ausdrücken, verloren geht. So ist die US-Verfassung fast

## Die ideengeschichtlichen Hintergründe der politischen Lager in den USA

buchstabengetreu in zahlreichen Diktaturen herangezogen worden, um einen freiheitsfreundlichen Schein zu wahren.

Die Anti-Federalists waren eine Gruppe kritischer Bürger, die meist unter Pseudonymen publizierten. Zu übersetzen sind sie am ehesten als Anti-Zentralisten, in den USA steht „Föderalismus“ im Gegensatz zum „Konföderalismus“ für politischen Zentralismus, was scheinbar dem europäischen Sprachgebrauch widerspricht. Doch nur scheinbar, in Europa mangelt es hierzu bloß etwas an kritischer Reflexion. Warum versuchten die Anti-Federalists das Verfassungsprojekt zu bremsen? Lassen wir sie selbst zu Wort kommen. „Federal Farmer“ etwa konstatierte, daß die Verfassung *„eindeutig darauf ausgelegt ist, einen einzigen konsolidierten Staat zu schaffen“*. Patrick Henry warnte in der Ratifizierungsversammlung von Virginia:

*That this is a consolidated government is demonstrably clear; and the danger of such a government is, to my mind, very striking. [...] What right had they to say, We, the people? [...] If the states be not the agents of this compact, it must be one great, consolidated, national government, of the people of all the states.*

*Daß es sich hierbei um einen konsolidierten Staat handelt, ist offensichtlich klar; und die Gefahr eines solchen Staates ist meiner Meinung nach sehr deutlich. [...] Welches Recht hatten sie, von ‚Wir, das Volk‘ zu sprechen? [...] Wenn nicht die Einzelstaaten die Parteien dieses Vertrages sind, muß es sich wohl um einen einzelnen, großen, konsolidierten Nationalstaat über allen Menschen und allen Einzelstaaten handeln.*

„Centinel“ erweist sich als ebenso prophetisch:

*[...] if the United States are to be melted down into one empire, it becomes you to consider [...] whether it would be practicable, consistent with freedom? It is the opinion of the greatest writers, that a very extensive country cannot be governed on democratical principles, on any other plan, than a confederation of a number of small republics [...].*

*Falls die Vereinigten Staaten zu einem einzelnes Imperium eingeschmolzen werden sollen, müssen Sie sich die Frage stellen, [...] ob dies durchführbar, vereinbar mit der Freiheit wäre? Es ist die Meinung der größten Schriftsteller, daß ein sehr weitläufiges Land auf keine andere Weise demokratisch regiert*

## Die ideengeschichtlichen Hintergründe der politischen Lager in den USA

*werden kann denn als Konföderation einer Zahl kleinerer Republiken.*

„Brutus“ untermauert dies durch die scharfe Warnung, daß, wenn der Zentralstaat die „große und unkontrollierbare Macht erhalte,“

*of laying and collecting taxes, duties, imposts, and excises; of regulating trade, raising and supporting armies, [...] instituting courts, and other general powers [...] [it will] use this power as entirely to annihilate all the state governments, and reduce this country to one single government.*

*Steuern, Zölle, Gebühren und Abgaben festzulegen und einzubeheben, den Handel zu regulieren, eine Armee aufzustellen und zu unterhalten, Gerichtshöfe und andere allgemeine Gewalten zu schaffen [...] [er] diese Macht mißbrauchen [wird], um die Bundesstaaten abzuschaffen und dieses Land zu einem Einzelstaat zu reduzieren.*

In der Gründungsphase der Vereinigten Staaten stehen sich so zwei grundverschiedene Visionen gegenüber. Der nationalliberale, zentralistische, fortschrittsgläubige Republikanismus eines

Hamilton steht dem zurückhaltenden, subsidiären Zugang gegenüber, für den prototypisch Jefferson steht, und noch deutlicher die Anti-Federalists. Deren Warnungen sollten sich als geradezu prophetisch erweisen. Damals galten sie als ängstliche Pessimisten, doch in den USA von heute findet sich nicht nur all das wieder, vor dem sie einst warnten, sondern es kam eigentlich noch schlimmer. Wobei natürlich zweifelhaft ist, ob dies die Progressiven von damals ähnlich sehen würden, immerhin werden die USA doch weltweit noch immer als Vorreiter des Kapitalismus, des Fortschritts, der Industrialisierung, des zentralstaatlichen Republikanismus gesehen. Den Nationalliberalen um Hamilton galten die Worte der Anti-Federalists wohl schon damals kaum als Warnungen, denn der lokale Kommunalismus in seinen reaktionären Ausprägungen war ihnen ein Dorn im Auge und so wurde teils offen, teils versteckt, darauf abgezielt, die lokalen Institutionen durch moderne, zentralistische zu ersetzen. Insbesondere das Argument des Freihandels wird häufig bemüht, der Zentralstaat erscheint als Gegenmittel zu lokalen und regionalen Protektionismen. So ist es denn auch kein Wunder, daß die harmlos erscheinende „Interstate commerce clause“, die Klausel über den Handel zwischen den amerikanischen Einzelstaaten, eines der wesentlichen Einfallstore der Zentralisierung war. Im Namen

## Die ideengeschichtlichen Hintergründe der politischen Lager in den USA

des zwischenstaatlichen Handels ließ sich nach und nach nahezu jede Vereinheitlichung, heute sagt man „Harmonisierung“, durchsetzen. Sogar zur Zentralisierung und Verstaatlichung der Bildung wurde diese Klausel bemüht!

Der Beobachter wird auf beiden Seiten dieses Disputes berechnete Anliegen und gute Argumente finden. Als verheerend scheint sich jedoch nach und nach die spezifisch amerikanische Mischung herauszustellen, die als Bodensatz übrig blieb. Dies sollte im Folgenden etwas deutlicher werden.

### Die Parteien

Der Federalist James Madison warnte in seinem Essay, der als „Federalist No. 10“ gelistet wird, vor den „Factions“ – einem alten Begriff für Interessensgruppen. Der Streit unterschiedlicher Interessensgruppen mit ihrem Gruppenegoismus sei für das Gemeinwesen bedrohlich und müsse unbedingt vermieden werden. Das wesentliche Gegenmittel gegen ein solches Fraktionsdenken wäre „Unity“, die Einheit des Staates, die Stärke verspricht.

So ist es wenig erstaunlich, daß die erste politische Partei der USA nicht aus dem Reigen der Zentralisten hervorgeht, die die Einheit betonen, wenngleich Madison (aus Gegnerschaft zu Hamilton) einer ihrer Organisatoren werden sollte. Ihren Impetus erhält diese „Fraktion“ von den Anti-Federalists, die gegen die Politik von Hamilton opponieren. Zunächst nennt sie sich „Republican Party“, wohl um die wahre, die kleinräumige *Res publica* mit den grandiosen Vorstellungen der Nationalisten zu kontrastieren. Thomas Jefferson ist der führende Kopf dieser Partei, seine Vision für Amerika ist eine lose Konföderation kleiner Handwerker und Bauern, die in ihren Gemeinden leben und wirken.

Die Hamiltonians werden diese „Partei des kleinen Mannes“ als „demokratisch“ verspotten. Damals war dies noch ein Schimpfwort, Demokratie stand für die Herrschaft des rückschrittlichen Mobs, der von der Welt und der großen Politik keine Ahnung hat. Nach und nach, wie so oft in der Politik, bleibt die Schmähung hängen und man beginnt, sich positiv damit zu identifizieren, um sich von den „Großkopferten“ abzuheben, die als „aristokratisch“ beschimpft werden. Das Projekt der Federalists, die sich schließlich als Federalist Party organisieren, sei ein elitäres, „undemokratisches“ Vorhaben. So ändert sich der Name von

## Die ideengeschichtlichen Hintergründe der politischen Lager in den USA

Jeffersons Partei in „Democratic-Republican Party“. Bald wird das „Republican“ ganz verschwinden und eine – auf den ersten Blick aus heutiger Sicht – paradoxe 180°-Wende im Namen mit sich bringen.

Doch selbst heute wäre eine solche Perspektive kaum zu rechtfertigen. Zum einen ist den USA die diktatorische „Parteilinie“ europäischen Zuschnitts noch fremd, selbst wenn sich hier in letzter Zeit vieles in diese Richtung bewegt hat. Andererseits findet in jedem Parteiensystem nach und nach eine Angleichung der Parteien statt, wie es die *Public Choice Theory* plausibel erklärt. In den USA, in denen zwei Parteien eine solche Dominanz aufweisen, ist dies besonders deutlich. Ogden Nash prägte die zutreffende Formel:

Some politicians are Republican, some Democratic

And their feud is dramatic.

But except for the name

They are identically the same.

*Manche Politiker sind Republikaner, andere Demokraten,  
dramatisch ist ihr Streit.*

*Doch abgesehen von ihrem Namen  
sind sie identisch gleich.*

Wer sind nun diese „Republikaner“, mit denen wir es heute zu tun haben? Die „Republican Party“ wurde erst 1854 gegründet und wies eine deutlich progressive Ausrichtung auf, steht demnach eher in der Tradition der Hamiltonians. Das Gründungsmotiv der Partei war die Ablehnung der Sklavenwirtschaft und der davon profitierenden Elite. Die Vision der neuen „Republikaner“ war es, aus den USA ein „modernes“ Land zu machen.

Nach und nach sollte sich bei den Demokraten die Unterschicht sammeln, obwohl die „Democratic Party“ die Partei der Sklavenhalter im Süden war, deren Status durch die Zentralisierungsbestrebungen bedroht war. Als ursprünglichste Partei der USA stand sie stets prototypisch für den „American Dream“, die Hoffnung des kleinen Mannes es „from rags to riches“, vom Tellerwäscher zum Millionär zu schaffen.

Dieses Motiv ist wohl mit eine Erklärung dafür, daß der Partei das ideologische Etikett des „liberalism“ angeheftet wurde. Dies könnte aber auch daran liegen, daß sie die ältere Partei ist und der

## Die ideengeschichtlichen Hintergründe der politischen Lager in den USA

„conservatism“ heutiger Prägung in den USA eine moderne Ideologie darstellt, die sich gewissermaßen eine Geschichte erdichten mußte. Wesentlich für diese Einordnung ist aber natürlich auch, daß die Republikaner nach und nach zur Stimme der Oberschicht wurden, der Konzerne und des wohlhabenden Bürgertums. Bei den Demokraten fanden sich so eher die Neuzuwanderer, die Katholiken, die Juden und letztlich auch – Ironie der Geschichte – die Schwarzen.

### Die „Radikalisierung“ der Demokraten

Im zunehmend zentralisierten politischen Spielfeld der USA hätte es eine kommunal orientierte Partei, wie es die Democratic Party einst war, immer schwerer gehabt. Die nationalistischen Republikaner konnten hier mit Appellen der Einheit wesentlich leichter für nationale Kandidaten mobilisieren – der US-Nationalismus mit seinen Mythen bietet eine hervorragende Grundlage für die Machtausweitung von Politikern.

Wie läßt sich eine vergleichbare Mobilisierung auf kommunaler Ebene mit kommunalen Bezügen erreichen? Der brillante

Organisator Saul D. Alinsky fand darauf im letzten Jahrhundert die Antwort und wurde zum Ideengeber einer erstarkenden Democratic Party.

Alinsky ist manchen vielleicht aus der Wortschöpfung „Radicalisnky“ unbewußt ein Begriff. Die Wirtschaftskrise von 1929 radikalisiert ihn wie viele andere. Sein Vater verließ die Familie und brachte es in Kalifornien zu Wohlstand, ohne seinen Sohn oder dessen Mutter zu unterstützen, nicht einmal in der bittersten Armut in den 1930er Jahren. Saul hinterließ er testamentarisch bloß 50\$ aus seinem Vermögen. Kein Wunder, daß der junge Alinsky eine Wut auf die „Oberschicht“ und einen gewissen Zynismus entwickelte.

Seine Dissertation schrieb er über die Mafia, in deren Mitte er geraume Zeit lebte. In einem Interview mit dem Playboy-Magazin betont er, daß er keinerlei Gewissensbisse hatte, Mörder „bei der Arbeit“ zu begleiten. In dieser Zeit lernt es das Handwerk der Organisation, das er bald für einen anderen, nicht unähnlichen Auftraggeber anwenden wird: die Politik. Bald beginnt er, die „Macht der Masse“ zu nützen und zu idealisieren.

## Die ideengeschichtlichen Hintergründe der politischen Lager in den USA

Sein taktisches Kalkül ist dabei so genial wie einfach: Die Gesellschaft bestünde aus drei Klassen. Zunächst aus den „have-nots“, den Besitzlosen, die den „haves“, den Besitzenden gegenüberstünden. Dazwischen lägen die „have-some-want-more“, der Mittelstand, der hinreichend wenig besitzt, um neiderfüllt nach oben zu blicken, aber hinreichend viel, um eigenen materiellen Verlust zu fürchten. Der Partei, die besser dabei ist, zusätzlich zu entweder den „have-nots“ oder den „haves“ die „have-some-want-more“ zu binden, wäre der Erfolg sicher.

Doch zunächst geht es um die Frage, wie die „have-nots“, die sich eher bei den Demokraten finden, politisch zu organisieren. Dabei versteht sich Alinsky als „Macchiavelli der Armen“: *Il Principe* wäre für die „haves“ geschrieben, um sie zu lehren, wie man die Macht erhält. Nun bräuchte es eine solche Lektion für die „have-nots“ -- darüber, wie man die Macht entreißt.

Während der Marxismus in den USA nie richtig Fuß fassen kann, da die Einteilung nach funktionellen, internationalen Klassen dem Kommunalismus zuwiderläuft, liegt hier ein erfolgsversprechendes Rezept: Alinsky organisiert Kommunen, die durch die Wirtschaftskrise besonders getroffen sind, und mobilisiert sie als

individuell homogene Bestandteile der nationalen Gruppe der „have-nots“. Dieser Zugang findet auch bei den Kirchen große Unterstützung – Alinsky verspricht diesen gar, die sich entfremdenden Schäfchen wieder zuzuführen.

Besonderes psychologisches Feingefühl zeigt Alinsky mit der Erkenntnis, daß es darum ginge, den Jungen, die sich in eine „materialistische, dekadente“ Gesellschaft geworfen sehen, wieder Lebenssinn zu geben:

The human cry of the second revolution is one for a meaning, a purpose for life—a cause to live for and if need be die for.

*Der menschliche Ruf der zweiten [Amerikanischen] Revolution ist jener nach einem Sinn, einem Zweck des Lebens – etwas, für das es sich lohnt, zu leben und falls nötig zu sterben.*

Er holt die Menschen bei ihrer zunehmenden Politikskepsis, ihrer wachsenden Verachtung für die Institutionen, ihrer Enttäuschung über illusionäre Versprechen ab. Als Teil selbstbewußter „have-nots“ finden die Menschen durch lokales „Engagement“ wieder Sinn und schöpfen neuen Mut. Durch kreativen Protest, durch radikalisierte Sprache, durch Boykott und Sabotage können sie nun

## Die ideengeschichtlichen Hintergründe der politischen Lager in den USA

„denen da oben“ den Kampf ansagen. Oben steht die falsche Elite, unten die heile Welt der Kommune. Revolutionäre Bewegungen, so Alinsky, müßten in der materialistischen Welt von heute stets auf spirituellen Werten beruhen wie Gerechtigkeit und Frieden.

Doch diese Einsichten sind beim Politiker Alinsky stets einem ans Zynische grenzen „Pragmatismus“ geschuldet. Er spricht von der „moralischen Rationalisierung“ und der „moralischen Übertünchung von Taten und Motiven“. Nur in diesem Sinne müsse Politik stets eine moralische Komponente haben, als Befriedigung des Bedürfnisses nach „Moral“, ansonsten würde der Zweck die Mittel heiligen.

Diese Prinzipienlosigkeit macht sich natürlich letztlich auch in seinem Weltbild bemerkbar. Nach und nach ist eine gewisse Ernüchterung festzustellen. Wenn alles beliebig ist, wird alles beliebig und es läßt sich eigentlich gar keine Aussage mehr über die Welt machen. Er blickt gegen Ende seines Lebens auf vergangene organisatorische Erfolge zurück und sieht fast überall Widersprüche. Die „have-nots“ von einst werden nach ihrem Erfolg zu „haves“ und nehmen alle Eigenschaften des imaginierten „Klassenfeinds“ an. Alinsky „erklärt“ dies mit einem zyklischen Geschichtsbild – der Kreislauf müsse immer so verlaufen:

[...] the torch of idealism is carried by the revolutionary group until this group becomes an establishment, and then quietly the torch is put down to wait until a new revolutionary group picks it up for the next leg of the run. Thus the revolutionary cycle goes on.

*Die Fackel des Idealismus wird von der revolutionären Gruppe getragen, bis diese Gruppe zum Establishment wird, und dann wird die Fackel still abgelegt, um darauf zu warten, von neuen Revolutionären aufgehoben zu werden für die nächste Staffel des Laufs. So setzt sich der revolutionäre Kreislauf fort.*

Für diesen Relativismus muß bei Alinsky bereits die Quantenphysik herhalten; hier erweist er sich als Vorläufer heute dominanter Ideen: Alles Positive habe etwas Negatives, es gäbe kein Gut und Schlecht, jede Revolution bringe unausweichlich eine Gegenrevolution hervor, diese „Dualität“ und „Komplementarität“ habe schon Niels Bohr erkannt, als er meinte, daß Widersprüche ein gutes Zeichen dafür wären, daß das Experiment richtig läuft. Daraus folgert Alinsky die endgültige Rationalisierung seiner Strategie des lokalen Aufhetzens für nationale politische Erfolge:

## Die ideengeschichtlichen Hintergründe der politischen Lager in den USA

Conflict is the essential core of a free and open society. If one were to project the democratic way of life in the form of a musical score, its major theme would be the harmony of dissonance.

*Konflikt ist der essentielle Kern einer freien und offenen Gesellschaft. Wenn man die demokratische Lebensform als musikalisches Motiv darstellen wollte, wäre dessen zentrales Thema die Harmonie der Dissonanz.*

In einem allerdings bleibt Alinsky Idealist: Bei der Idealisierung seiner Strategie und Rolle. Er sieht sich selbst in der Tradition „Luzifers“, „des ersten Radikalen“, und erklärt stolz, er würde freiwillig die Hölle dem Himmel vorziehen, um dort die Seelen der wahrlich allertiefsten „have-nots“ zu organisieren und zu mobilisieren. (Zu dieser theologisch-mythologischen Facette siehe die Analyse „[Licht und Schatten](#)“.)

Alinskys Strategie erwies sich als erfolgreicher Ansatz für die Demokraten. Endlich hatten die „links“ (ursprünglich im Sinne eines Gegensatzes zur nationalen Elite) stehenden ein Rezept nationaler Organisation gefunden, das dem Kommunalismus zumindest rhetorisch treu bleiben konnte. In den USA ist daher der

heutige „Kommunitarismus“, eine Rückbesinnung auf den traditionellen Kommunalismus, „links“ verortet – einer der führenden Denker der US-„Linken“ ist zugleich ein Vordenker dieses neu-alten „Kommunitarismus“: Michael Walzer.

Sowohl Barack Obama als auch Hillary Clinton sind gewissermaßen Schüler von Saul D. Alinsky. Obama verdiente seine ersten Sporen direkt in den Fußstapfen von Alinsky bei der kommunalen Organisation in Chicago. Hillary Clinton hätte um ein Haar die Arbeit von Alinsky als dessen Angestellte direkt weitergeführt, sie ließ es dann dabei bewenden, ihre Dissertation über Alinsky zu schreiben. Die gerissene Clinton erkannte bald, daß für Alinskys Strategie, die Mittelschicht zu erreichen, er selbst zu radikal war. Darum setzte sie es als First Lady sogar durch, daß ihre Dissertation vor der Öffentlichkeit versteckt wurde.

### Die Übernahme der Republikanischen Partei durch die „Neocons“

Nach und nach hat der Begriff „Demokratie“ in den USA seinen negativen Beigeschmack verloren. Zwar wehren sich nach wie vor einige Republikaner dagegen, wenn die USA als „democracy“

## Die ideengeschichtlichen Hintergründe der politischen Lager in den USA

bezeichnet werden, doch die meisten haben erkannt, daß das alte Wort einen auch für Republikaner sehr vorteilhaften neuen Inhalt bekommen hat. Die Taktik der Demokraten, die „community“ auf eine nationale Ebene zu erheben, führte sie näher an die Republikaner, die gleichfalls entgegenkamen.

Ist einmal die Illusion geschaffen, daß ein homogenes, nationales „Wir“ über „sich selbst“ bestimmt, fallen alle Hürden für die Politik auf dem spezifisch amerikanischen Nährboden. Wir erinnern uns: Der kollektivistische Kommunalismus, der einer engen sittlichen Konzeption von Freiheit folgt, findet seine Beschränkung in seiner notwendigen Kleinräumigkeit. Die Freiheit kollektiver Selbstbestimmung im Kleinen schlägt jedoch im Großen schnell zu ihrem Gegenteil um.

Inwiefern kamen die Republikaner dieser Entwicklung entgegen? Nationalismus als Einigungsinstrument braucht äußere Feinde und ein gewisses Sendungsbewußtsein, um seine platte Oberflächlichkeit des kleinsten gemeinsamen Nenners, des niedrigsten Substrats eines weitläufigen Landes zu übertünchen. Nach dem Kalten Krieg mußte dieses Substrat neu bekräftigt werden und durch ostentative Kollektivbekenntnisse mit Leben

erfüllt werden. Die republikanischen Nationalisten waren stets die Progressiven, die Künder des Fortschritts gewesen. Diesen Titel schienen die Demokraten nun streitig zu machen. Für die Republikaner galt es daher, sich von diesem mythischen amerikanischen Wesen ein Bild zu machen, an dem die Welt genesen sollte.

Rund um die Zeitschrift *National Review* von William Buckley erfolgt eine Reideologisierung der Republikaner durch eine neue Generation selbstbewußter Intellektueller, die nicht dem Lager der Demokraten angehörten. Durch den Kontrast im Kalten Krieg und die Besinnung auf das eigentlich Amerikanische kam es zum Ausgraben und Aufnehmen klassisch liberaler Konnotationen, freilich unter dem Etikett „conservative“, nachdem „liberal“ schon von den Demokraten besetzt war. Das Ideengemisch, das den Versuch darstellte, die „amerikanische Realität“ (im Gegensatz zum „amerikanischen Traum“ der Demokraten) zum Zwecke politischer Glorifizierung in eine Ideologie zu gießen, bildete einen künstlichen „conservatism“, eine in den USA und für die USA konstruierte Ideologie, die wenig mit europäischem Konservatismus zu tun hat, und sich – wie gesagt – auch eine eigene Geschichte erfinden mußte. Der europäische „Konservatismus“ war

## Die ideengeschichtlichen Hintergründe der politischen Lager in den USA

ja eine Reaktion auf die revolutionären Umbrüche wider die alte Ordnung, der US-„conservatism“ jedoch steht stolz in der revolutionären Tradition. Dadurch erweist sich der US-„converatism“ allerdings auch als weitaus liberaler, wenngleich in einer leider aufgrund seiner Künstlichkeit vulgarisierten Form v.a. wirtschaftsliberaler Konnotationen.

Aus diesem Substrat setzte sich im Laufe der Zeit eine ganz spezifische Strömung durch, die die anderen an Sendungsbewußtsein deutlich übertraf: der sogenannte „neoconservatism“. Das „neo“ im Etikett deutet schon die Fortschritts-Orientierung an. Interessanterweise handelte es sich bei den ersten „neocons“, wie man sie in spöttischer Kürze zu bezeichnen pflegt, um ehemalige Trotzlisten. Die einzige ideologische Wendung, die diese allerdings durchmachten, ist eine zunächst pragmatische Akzeptanz des US-Staatskapitalismus, die dann bis zur Glorifizierung des angeblichen „free market“ geht. Die USA als „land of the free“, als höchste Reifestufe der Revolution, haben eine historische Mission, die internationale Revolution voranzutreiben und dem Fortschritt freie Bahn zu schlagen. Man ist geneigt anzunehmen, daß es sich hierbei um Marxisten handelt, die sich dadurch von anderen unterscheiden, Marx ausnahmsweise

gelesen haben. Der sah die Durchwanderung und Reifung des „Kapitalismus“ als nötige Voraussetzung des dann zu schaffenden irdischen Paradieses. Höchstes Ziel der „neocons“ ist es, „to make the world safe for democracy“, „die Welt sicher für die Demokratie zu machen“. „Democracy“ steht dabei für die letzte und höchste Stufe der Revolution, das „Ende der Geschichte“.

Genau hier, bei diesem Substrat, das zum Dünger des weltweiten Fortschritts werden soll, treffen sich nun die neotrotzkistischen Republikaner mit den populistischen Demokraten. Der Amerikanismus in zwei Worte gefaßt: „liberty and democracy“. Was diese Synthese bedeutet, wird im vor nicht allzu langer Zeit in Chicago eröffneten „Museum der Freiheit“ deutlich. Es ist gelungen, das Ideal der „liberty“ im amerikanischen Sinne eines freien Bekenntnisses zum sittlichen Konsens mit der Illusion einer nationalen Kollektivgemeinschaft aufs Engste zu verknüpfen. Die Installation, die als Klimax des Museums die Freiheit darstellen soll, ist ein Computer mit Tausenden Bildern von zufällig ausgewählten Individuen, die wiederum per Zufallsverfahren ausgewählt werden, um dem Besucher dabei vorgespielt zu werden, wie sie „Freiheit definieren“, d.h. als ersetzbarer Teil einer

## Die ideengeschichtlichen Hintergründe der politischen Lager in den USA

erdrückenden, kollektiven Masse ihr Bekenntnis zum Amerikanismus abzugeben.

Viel wird im säkularisierten Europa in die religiösen Konnotationen der Republikaner interpretiert. Deren Lager, deren Ideologie, deren Taktik seien Folge einer Unterwanderung durch „christliche Fundamentalisten“. Dies verkennt, daß erstens die USA seit Anbeginn diese „Unterwanderung“ zeigen, ja dies geradezu das Fundament der USA darstellt. Der aktuelle Erfolg der Evangelikalen liegt im Wesentlichen in der Attraktivität ihres religiösen Angebots begründet: eine sehr zeitgeistige, aber dabei sehr amerikanische Form der Bekenntnis-Religiösität. Natürlich ist die Politik stets darum bemüht, vorhandene Bedürfnisse der Wähler oberflächlich zu bedienen. Doch nicht weil die Republikaner eine „fundamentalistische Agenda“ befördern, sind die Evangelikalen am Vormarsch, sondern umgekehrt, die Politiker betonen, was die Wähler hören wollen.

Zweitens ist die religiöse Landschaft, schon allein innerhalb der protestantischen Mehrheit, extrem vielfältig. Als jene ominösen „Fundamentalisten“ werden von kundigeren Beobachtern meist die sogenannten „Reconstructionists“ ausgemacht, die mit ihrer oft

politischen Betonung einer Rechristianisierung der Gesellschaft als wesentlicher Einfluß hinter den „neocons“ gesehen werden. Dies ist jedoch ein grobes Mißverständnis. Interessanterweise gehören die „Reconstructionists“ zu scharfen Kritikern des US-Interventionismus. Deren Vordenker R. J. Rushdoony griff das politische Establishment stets hart an und überrascht durch seine machtkritischen und antiimperialistischen Positionen in der Tradition des von ihm sehr häufig zitierten österreichischen Ökonomen Ludwig von Mises.

Selbst viele Demokraten geben zu, daß die „neocons“ ein ähnliches Weltbild aufweisen würden wie sie selbst. Der Demokrat Tom Farer, Leiter der Fakultät für Internationale Studien der University of Denver, etwa spricht von einer „liberal vision of the world“, die die „neocons“ teilen würden, bloß trügen ihre Gewehre „Bajonetten“. „Liberal“ ist in den USA nur noch das Adjektiv zu „Angehöriger der Demokratischen Partei“ und hat keinen spezifisch ideengeschichtlichen Gehalt mehr, allenfalls könnte man von „freiheitlich-demokratisch“ sprechen, wenn man die beiden Begriffe im modernen amerikanischen Sinne versteht – doch dann hätten die Republikaner gleichen Anspruch auf dieses Etikett.

## Die ideengeschichtlichen Hintergründe der politischen Lager in den USA

Problematisch wurde dieser politische Cocktail dadurch, daß der amerikanische Ur-Kollektivismus über den Zentralismus der modernen USA erst seine verhängnisvolle Wirkung entfalten kann. Während die Überwachung des Privatlebens schon in den Siedlerdörfern die Regel war, gewinnt dies im nationalstaatlichen Rahmen eine ganz neue Dimension. Diese neue Dimension ist, wie nun klar sein sollte, nicht einem „neuen“ Einfluß der Religion geschuldet, sondern allein den politischen Dynamiken.

Nach dem Selbstmord Europas im letzten Jahrhundert wurde die typisch amerikanische Ideologie der Konfusion von Freiheit und Demokratie ins intellektuell vollkommen ausgeblutete Europa importiert, mitsamt den Tabus und dem Bedarf zu öffentlichen, kollektiven Bekenntnissen, die in Europa bloß pseudoreligiöse Form annehmen, aber abweichende Gedanken in ganz ähnlicher Weise ersticken. Wenn „wir“ alle sind, dann wird „demokratische Selbstbestimmung“ zur Farce, die jede Knechtschaft zu legitimieren vermag. Diese Ideologie amerikanischer Provenienz ist heute zur westlichen Einheitsideologie geworden.

In den USA treten die religiösen Züge des Demokratismus noch deutlicher zutage. Ein schönes Beispiel ist etwa die Form, in der

vielerorts noch der „Caucus“ abgehalten wird. Dort erfolgt die Nominierung von Delegierten für die Wahl der Parteikandidaten durch öffentliches Bekenntnis mittels der Bildung von Gruppen, die lautstark und mit allerlei Devotionalien ihre Zugehörigkeit bekunden. Das Procedere ist teilweise kaum von einer protestantischen Messe zu unterscheiden.

### Die Entstehung der „Libertarians“

Nachdem die „neocons“ die „democracy“ als neues Ideal entdeckten, verblieb auf Seiten der Nicht-Demokraten ein kleines Residuum übrig von jenen, die weder diesem Kurs folgen, noch sich im Reigen der Populisten einreihen wollten. Albert J. Nock sprach von „the remnant“, dem Überbleibsel. Dieses Residuum wird gelegentlich als „Old Right“ bezeichnet, was noch irreführender als die für Europäer ohnehin durchgehend irreführenden Etiketten der sonstigen politischen Landschaft der USA ist. Eigentlich handelt es sich sogar eher zum Teil um „Old Democrats“, also jenen wenigen in der Tradition der Anti-Federalists verbliebenen Gegner des übermächtigen Zentralstaates, kombiniert mit „Old Republicans“, deren Demokratieskepsis zur generellen Staatsskepsis wird. Dieses

## Die ideengeschichtlichen Hintergründe der politischen Lager in den USA

Lager sammelte sich insbesondere als Reaktion auf den New Deal, bei dem die „Neodemocrats“ ihr faschistisches Antlitz entblößten. Es ist allerdings offensichtlich, daß nunmehr der Begriff „Demokratie“ gänzlich ungeeignet war, um den Widerspruch zum totalen Staat zu formulieren, denn dieser wurde ja gerade im Namen der „Demokratie“ ausgebaut. Darum blieb die „liberty“ als zweites amerikanisches Ideal. Leider war auch dieses Adjektiv schon vergeben für die „liberal Democrats“. So griff die kleine Gruppe der „remnants“ zum Kunstwort „libertarian“.

Die nun zu bildende Ideologie des „libertarianism“ schuf sich zunächst ebenfalls eine künstlich zusammengestückelte „Geschichte“, die man in der Idealisierung eines „klassischen Liberalismus“ sah. Die alte amerikanische Devise des „self-government“ wurde wiederbelebt und mit neuem Inhalt gefüllt. Als Antwort auf den zentralistischen welfare/warfare state (Wohlfahrts-/Kriegsstaat) wurde ein buntes Gemisch aus aufklärerischen, individualistischen und frühamerikanischen Elementen formuliert. Diese Ideologie blieb jedoch stets eine Randerscheinung. Dies schuf aber womöglich gute Rahmenbedingungen, sodaß sich hier abseits des Mainstreams ein gewisses Biotop entwickelte, in dem einerseits wesentliche Ideen

aus dem alten Fundus überlebten und manch großartige Weiterentwicklung politischer und ökonomischer Theorie möglich war.

Zuletzt rückte vor allem der republikanische Präsidentschaftskandidat Ron Paul diese „Tradition“ etwas ins Rampenlicht. Als Außenseiter, der in starker Opposition zum aktuellen Kurs der Republikaner steht, erzeugte er einen gewissen Hype, insbesondere unter Internet-affinen, jüngeren Wählern. Ron Paul bezeichnet sich als „Constitutionalist“, der die USA wieder auf die Grundlage ihrer Verfassung zurückführen möchte. Dies ist ein häufiges Motiv der „libertarians“, da sich auf diese Weise US-Patriotismus mit einer Ablehnung des Status-quo verbinden läßt. Ideengeschichtlich ist dieser Zugang freilich etwas problematisch, aber das ist ohnehin kein politisches Kriterium. Nach Europa verpflanzt wäre dieser „constitutionalism“ jedoch verheerend, darum sei davor gewarnt.

Interessant ist, daß dieser „libertarianism“ in den USA eng mit den „Bobos“ verbunden ist, den Bourgeois Bohémiens. Dabei handelt es sich um urbane, wohlhabende Schichten, die einen „alternativen“ Lebensstil pflegen (der freilich meist relativ einförmig ist). Der

## Die ideengeschichtlichen Hintergründe der politischen Lager in den USA

proklamierte Individualismus der „libertarians“ fiel hier auf teilweise fruchtbaren Boden. Der Gegensatz zu Europa ist auffällig. Da die meisten Bobos in Europa Staatsbedienstete oder zumindest direkte Staatsgünstlinge sind, pflegen sie einen staatsgläubigen Individualismus der „Selbstverwirklichung auf Staatskosten“, der in den USA eher auf Seiten der „Democrats“ zuhause ist.

Für eine detailliertere Geschichte und Kritik des „libertarianism“ muß an dieser Stelle auf einen anderen Artikel vertröstet werden, der Rahmen dieser Analyse bietet nur Platz für diese kurze Erwähnung. Nur so viel sei noch verraten: Keinesfalls ist das künstliche Etikett „libertarian“ mit „libertär“ zu übersetzen.

### Zusammenfassung

Die ideologischen Unterschiede zwischen den politischen Lagern in den USA sind verschwindend, wenngleich sich Betonungen aufgrund der unterschiedlichen Geschichte und Stammwählerschaft unterscheiden. Die Differenzen innerhalb der Lager sind meist größer. Eine links-rechts-Verortung der Parteien ist sinnlos und irreführend (Zur Problematik dieser Etiketten siehe

die Analyse: „[Rinks-lechte Velwechsrungen](#)“). Die amerikanische Ideologie, die „Freiheit“ und „Demokratie“ im Sinne kollektiver Selbstbestimmung besonders betont, ist in heutiger Form eine Folge sowohl der theologischen und historischen Eigenheiten der USA als auch der politischen Dynamiken staatlicher Zentralisierung. Die Begriffe laden Europäer zu groben Mißverständnissen ein; die Mythisierung und Idealisierung zentraler Konzepte führte zu Tabus, die eine offene Debatte verunmöglichen, und erleichterte die weltweite Dominanz ideologischer Versatzstücke amerikanischer Provenienz. Der Ruf der USA als Heimstätte der „Freiheit“ ist mit viel Vorsicht zu betrachten: Zum einen wird das ursprüngliche Konzept der „liberty“ heute mißverstanden, zum anderen sind die politischen Dynamiken in den USA zum Teil verheerender als in Europa.

*Diese Analyse ist eine erweiterte Fassung des Vortrags beim [Club für Wertewirtschaft](#) am 7. Jänner 2008 in Wien.*

Falls diese Analyse wertvoll für Sie war, unterstützen Sie bitte die Arbeit des Instituts für Wertewirtschaft mit einer freien Spende:  
<http://wertewirtschaft.org/spende>

# Unser Angebot

Wir hoffen, daß diese Analyse wertvoll für Sie war. Wir würden uns sehr freuen, von Ihnen zu hören und wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie unser Angebot an Verwandte, Freunde, Bekannte, Mitarbeiter und Vorgesetzte weiterempfehlen würden. Das Institut für Wertewirtschaft bietet Unternehmen, NGOs, Institutionen, Universitäten und Privatpersonen folgende Dienstleistungen:

## Seminare

- Seminare für Privatpersonen: <http://wertewirtschaft.org/seminare/>
- Mitarbeiterschulungen direkt in Ihrem Unternehmen/Verein. Auf Wunsch übernehmen wir auch die komplette Organisation eines externen Seminars. Themen: Wirtschaftsethik, Erfolg durch ökonomisches Denken, Werte & Sinn im Unternehmen, Unternehmertheorie, Nachhaltige Wertsicherung im Konjunkturzyklus, Dynamische Anreizanalyse (→ [info@wertewirtschaft.org](mailto:info@wertewirtschaft.org)).
- Seminare für Studenten oder Schüler: Ob kompetente Lehre auf höchstem akademischem Niveau oder interaktive (auch kindergerechte) Einführung in die Ökonomie mittels innovativer Simulationen - bei uns sind Sie richtig (→ [info@wertewirtschaft.org](mailto:info@wertewirtschaft.org)).

## Vorträge

Wir bieten kompetente Vortragende zu folgenden Themen: Ökonomische Grundlagen / Wirtschaft wirklich verstehen, Werte & Sinn in der Wirtschaft, Wirtschaftsethik / CSR, Ethisches Investment, Vermögenssicherung in der Wirtschaftskrise, Konjunkturzyklus, Menschenbild in der Ökonomie, Ideengeschichte, Freiheit & Verantwortung, Unternehmertum, Österreichische Schule der Nationalökonomie, Ökonomie und Religion, Epistemologie / Wissenschaftstheorie, Risiken in Technologie und Wirtschaft, Bildungsfreiheit, Werteorientierte Bildung, aktuelle politische und wirtschaftliche Fragen. Anfragen an: [info@wertewirtschaft.org](mailto:info@wertewirtschaft.org). Jeden 7. um 7 (monatlich um 19:00 Uhr, unabhängig vom Wochentag) findet in Wien ein Club für Wertewirtschaft mit aktuellen Vorträgen statt (→ <http://wertewirtschaft.org/club/>).

## Projekte

Das Institut für Wertewirtschaft bietet interessierten Unternehmen die Möglichkeit, gemeinsame Projekte umzusetzen. Nützen Sie die Kompetenz des Instituts für den Aufbau wahrer Werte, die wertewirtschaftliche Überprüfung und Ausformung Ihrer Unternehmenskultur und werte- und sinnorientiertes Unternehmertum. Das Institut für Wertewirtschaft kombiniert ökonomisches und ethisches Know-how - keine halben Sachen, nicht bloß gute Intentionen und schon gar keine kurzfristige PR, sondern echte Werte und Sinn für Ihr Unternehmen und Ihre Mitarbeiter. Kontakt: [info@wertewirtschaft.org](mailto:info@wertewirtschaft.org).

## Tutor

Ob Sie bloß gelegentliche Fragen haben oder vor einer großen Lebensentscheidung stehen; ob Sie bloß eine zweite Meinung einholen oder Ihren Lebensentwurf und Ihr Weltbild auf Stimmigkeit prüfen wollen: Wir stellen Ihnen gerne nach Möglichkeit einen persönlichen Tutor zu Ihrer Verfügung. Ihr Tutor hilft bei praktischen Lebensfragen, aber auch bei theoretischeren Fragestellungen, z.B. der Auseinandersetzung mit dem eigenen Weltbild: Ihr Tutor empfiehlt Ihnen Literatur, begleitet Sie bei schwieriger Lektüre, gibt Ihnen zahlreiche Anregungen zum Nachdenken und steht für persönliche Diskussionen zur Verfügung. Auch bei Seminar- und Diplomarbeiten ist ein Tutor eine wertvolle Hilfe.

- **Denkfutter:** Sie nennen uns ein Thema und wir liefern Ihnen Texte mit tiefeschürfenden, überraschenden, kontroversiellen, aufmunternden Denk-Anregungen. Ob zur Schärfung Ihres Intellekts aus persönlichem Interesse oder für akademische Arbeiten, Projekte, Veranstaltungen, Diskussionen, Unterricht ... (Kostenbeitrag: auf Anfrage).
- **Persönliches Gespräch:** Entweder Sie besuchen uns persönlich in Wien, laden uns zu sich ein oder wir führen ein Telefongespräch. Sie nennen uns zuvor die Themen, die Ihnen am Herzen liegen, sodaß sich Ihr Tutor vorbereiten kann. Auch eine schriftliche Nachbereitung bieten wir Ihnen an. (Kostenbeitrag: €30/Stunde)

- **Privatlehrer:** Für Kinder/Jugendliche bieten wir einfühlsame Hauslehrer - allerdings nicht zur Prüfungsvorbereitung, sondern zum gemeinsamen Entdecken von Wissen. (Kostenbeitrag: €20/Stunde)

*Was Sie nicht erwartet:* Es handelt sich weder um Psychotherapie oder Lebens-/ Sozialberatung, noch ein religiöses/ideologisches Angebot.

## **Publikationen**

Die einfachste Möglichkeit, regelmäßig alle unsere Publikationen (Übersicht: [http:// wertewirtschaft.org/publikationen/](http://wertewirtschaft.org/publikationen/)) zu erhalten, ist eine Mitgliedschaft beim Institut für Wertewirtschaft (Nähere Informationen: [http:// wertewirtschaft.org/spende/](http://wertewirtschaft.org/spende/)):

- **5€ / Monat:** einfaches Mitglied, Abonnement unserer Publikationsreihe, Zusendung unserer Mitgliederschrift
- **10€ / Monat:** Förderndes Mitglied
- **25€ / Monat:** Gründer, Zusendung aller Publikationen, auch Buchtitel
- **50€ / Monat:** Fördernder Gründer

**Institut für Wertewirtschaft**  
Alberichgasse 5/12, A-1150 Wien  
Fax: +43 1 2533033 4733  
Email: [info@wertewirtschaft.org](mailto:info@wertewirtschaft.org)  
<http://wertewirtschaft.org>